bnr.de
blick nach rechts

22. Jahrgang | 10 | 13. Mai 2005

Rechte Szene 2

Höhenflug gebremst
Die NPD will in Nordrhein-Westfalen stärkste Kraft „hinter den Systemparteien“ werden.

Gewaltaktion nach außen
Unter den Augen der Öffentlichkeit etabliert sich Jürgen Riegers Neonazizentrum „Heisenhof“.

"Kampf um die Saße" verhindert
Neonazis werfen der NPD vor, am 8. Mai in Berlin versagt zu haben.

Gefahrenabwehr
Konspirativ geplantes Rechtsrock-Konzert mit polizeibekannten Bands wird kurzfristig abgeblasen: Der Alkohol fehlt.

"Mord und Totschlag"
Vier Mitglieder der neonazistischen „Kameradschaft Süd“ wurden in München als Terroristen zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt.

"Schwarze Listen"
MHS-Anführer steht im Visier der Ermittlungsbehörden

Kriegsspiele vereitelt
Waffenarsenal bei Razzia beschlagnahmt.

Ausland 8

"Jeanne sagte Nein"
Der 1. Mai-Aufmarsch des Front National stand für die Gegnerschaft zur EU-Verfassung und den Türkeibeitritt.

Verfassungsschutz 9

Zulauf für Neonazis
Neue Qualität rechter Gewalt in Berlin.

Grauzone 9

Rechte Autorenschaft
JF-Mitarbeiter sind auch in den einschlägigen Medien vertreten.

Wider das Tätergedenken
Im oberbayerischen Mittenwald findet alljährlich das Pfingsttreffen der Gebirgstruppe statt. Doch die Proteste reißen nicht ab.

Blick in die Zeitgeschichte 11

Der Krieg im Westen
Vor 65 Jahren hat Deutschland Frankreich angegriffen und Dänemark, Norwegen sowie die Benelux-Staaten überfallen.

Meldungen 12

Rechte Szene

Höhenflug gebremst

Die NPD will in Nordrhein-Westfalen stärkste Kraft „hinter den Systemparteien" werden.

Bei der NPD lernt man wieder, bescheiden zu sein. Als die Meinungsforscher von Forsa Anfang Mai in einer Umfrage zur NRW-Landtagswahl zwei Prozent für die NPD prognostizierten, freute sich Parteisprecher Klaus Beier: „Nachdem die Systempresse und teilweise auch der ‚nationale Buschfunk' der NPD nur ein 0,X Prozent-Ergebnis zutrauen, machen die Forsa-Zahlen eher Mut, in den letzten Wahlkampftagen die NPD auf allen Ebenen zu unterstützen." Die Zeit des Höhenfluges nach der Sachsen-Wahl ist vorüber, die Hoffnung auf einen Einzug ins Düsseldorfer Parlament passee. Und so ist es nur logisch, dass Beier das Wahlziel revidiert: „Stärkste Kraft hinter den Systemparteien" solle die NPD werden. Auf jeden Fall stärker zu sein als die Republikaner, ist nun nur noch das Ziel. Dabei hatte die Partei ein paar Tage zuvor noch den „Würdenträgern des alten Regimes" empfohlen, sich „warm anzuziehen: die Landtagswahl in NRW und die Bundestagswahl des kommenden Jahres könnten sie im Mark erzittern lassen!".

109 der 128 Wahlkreise hat die NPD im größten Bundesland immerhin besetzt – was ihr viele vor Monaten nicht zugetraut hätten. Unterstützt von Teilen der „Freien Kameradschaften" bemüht sich die Partei, auch in der Fläche präsent zu sein. Infostände gehören dazu, ebenso Saalveranstaltungen, allerdings ohne öffentliche Einladung und nur für ein handverlesenes Publikum. Szenen wie in Schleswig-Holstein, wo Steine werfende Parteifunktionäre einen denkbar schlechten Eindruck hinterließen, will man auf jeden Fall verhindern.

Auch die optische Nähe zu militanten Neonazis soll vermieden werden: Als zwei Vorzeige-Neonazis mit Baretts, Tarnhosen und Springerstiefeln an einer Kundgebung zum 1. Mai in Bochum teilnehmen wollten, distanzierte sich die Partei eilig: Sie seien „schon auf dem Weg zur Veranstaltung ... ausgeschlossen" worden. Dass solche Distanzierungen der inhaltlichen Nähe zum militanten Spektrum keinen Abbruch tun, belegt die Rede der „Freien"-Kandidatin Daniela Wegener bei jener Kundgebung. Im Beisein des Parteichefs und Spitzenkandidaten Udo Voigt bedauerte sie: „Diesen Staat werden wir nicht durch eine Wahl abschaffen können", um zugleich über einen „nationalen sozialistischen Staat als Fernziel" zu schwadronieren.

„Unterstützt durch viele freie Nationalisten" ist auf den Plakaten der NPD zu lesen, darunter auch das aus früheren Wahlkämpfen bekannte Anti-Ausländer-Plakat „Gute Heimreise". Zwar gab es auch in NRW eine – bislang folgenlose – Anzeige wegen Volksverhetzung gegen dieses Motiv. Juristisch umstrittener war aber ein anderes Plakat, das wie die meisten anderen neben dem NPD- und dem „Freien"-Schriftzug ebenfalls das Logo der DVU trägt: „Arbeit zuerst für Deutsche" wird auf dem Plakat gefordert. Abgebildet war auch der Opel-Schriftzug, was General Motors der Partei schließlich verbieten ließ. Immerhin sicherte die juristische Auseinandersetzung der NPD, die weitgehend unbeachtet ihren Wahlkampf treibt, die eine oder andere Pressemeldung.

Die Republikaner in NRW bleiben lieber unter sich. So zum Wahlkampfauftakt im Gelsenkirchener Ratssaal, zu dem Anfang April nach Parteiangaben „über 300 republikanisch gesinnte Bürger" kamen. Und auch wenn REP-Chef Rolf Schlierer meinte, für den Landtagseinzug sei „die Latte hoch gelegt, doch sie ist zu schaffen" – bei den Republikanern wird man wissen, dass bestenfalls ein Achtungserfolg zu erzielen ist. Zumal Spitzenkandidatin Uschi Winkelsett zwar innerparteilich recht rege ist, ihre Ausstrahlungskraft auf potenzielle Wähler aber zu wünschen lässt. Bei jenem Wahlkampfauftakt in Gelsenkirchen schaffte sie es, zwei Drittel ihrer 15-minütigen Rede mit der Klage zu füllen, wie schwierig sich der Wahlantritt überhaupt erwiesen habe. Nebenbei: Nach wie vor ermitteln Staatsanwaltschaften im Lande wegen möglicher Unregelmäßigkeiten beim Sammeln der Unterstützungsunterschriften.

Vorwiegend findet der Wahlkampf der Republikaner, die erstmals in sämtlichen 128 Wahlkreisen antreten, auf Plakatstellwänden statt – mit „Das Boot geht unter"- und „Protest wählt REP"-Sprüchen. Erst am Wochenende vor der Wahl, am 14. Mai in Dortmund, organisierte die Partei „zum ersten Mal in NRW eine Wahlkampfveranstaltung unter freiem Himmel", wie sie betont.

Tomas Sager

Gewaltaktion nach außen

Unter den Augen der Öffentlichkeit etabliert sich Jürgen Riegers Neonazizentrum „Heisenhof".

„Das Baurecht ist nicht das richtige Instrument, um gegen eine Gesinnung vorzugehen", heißt es jetzt von Seiten der Oberkreisverwaltung Verden zu den Bauplänen des Hamburger Neonazis Jürgen Rieger auf dem Heisenhof in Dörverden. Mit Hilfe eines deutschen Architekten in Malaga reichte der mehrfach verurteilte Rechtsanwalt die bislang fehlenden Unterlagen zum Bauantrag nach, aus denen geht eine beabsichtigte Mischnutzung aus Wohnen, Bildungszentrum und Fruchtbarkeitsforschung hervor. Wie die „Verdener Nachrichten" berichten, erklärt der zuständige Oberkreisdirektor, dass der Landkreis die Rieger-Pläne möglicherweise genehmigen müsse.

Am Wochenende vom 7. zum 8. Mai hatten sich etwa 30 Anhänger der heidnisch-rassistischen Sekte „Artgemeinschaft" auf dem Heisenhof zum „Arbeitseinsatz" versammelt. Sie reisten bereits am Donnerstag Mittag aus dem gesamten Bundesgebiet an und blieben bis Sonntag Vormittag. Verfassungsschutz und Polizei sollen nicht informiert gewesen sein, wie Insider berichten. Trotz Verbotes der Wohnnutzung konnte der, von Journalisten informierte, Beamte der Landkreisverwaltung keine Räumung erwirken, da es sich, wie Rieger erklärte, um einen „kurzzeitigen Einsatz" handelte und der erlaubt sei.

Unter den Augen der Öffentlichkeit etabliert sich Riegers Neonazi-Zentrum immer mehr, vor allem bei Jugendlichen aus der Region. Gemeinsam mit der ario-germanischen Sekte werkelten glatzköpfige Jugendliche und Heisenhof-Bewohner an den Gebäuden herum. Obwohl die Polizeidirektion in Verden mit über einem Dutzend zusätzlicher Beamter gegen die Neonazi-Aktivitäten aufgestockt worden war, stand später nur ein Polizeiwagen in zeitlichen Abständen vor dem Gelände. Journalisten, die das braune Treiben dokumentierten und ein Feuer auf dem Innenhof von außen filmten, wurden beschimpft, bis es schließlich sogar zum Angriff kam. Unter Führung des cholerischen Rechtsanwaltes stürmten ein Dutzend Anhänger vom Gelände und griffen an. Malte Bormann und Daniel Fürstenberg versetzten dem Fotografen Schläge, er brach zusammen. Rieger drehte völlig durch und ging vor laufender Kamera auch noch gegen die beiden Beamten vor, als die die Kameras nicht beschlagnahmen wollten. Riegers Angriff über die Grenzen seines Eigentums hinaus senkt die Hemmschwelle für weitere Gewaltaktionen. Journalistische Recherchen sowie die Dokumentation von Aktivitäten auf dem „europäischen Strategiezentrum" der Rechten (Verfassungsschutz Niedersachsen) werden damit deutlich erschwert. Bereits 1998 hatte das (SPD-geführte) niedersächsische Innenministerium in seiner Verbotsbegründung gegen das Riegersche Neonazi-Zentrum in Hetendorf der „Artgemeinschaft" „verfassungsfeindliches Gedankengut" zugeschrieben.

Der jetzige niedersächsische CDU-Innenminister Uwe Schünemann, der den Heisenhof erst im April 2005 in persönlichen Anschein nahm, hatte medienwirksam Unterstützung zugesagt, eine genauere Definition gab er nicht. Kritiker mahnen an, dass es dringend an der Zeit sei, sich auf politischer Ebene intensiv mit der Verbotsverfügung gegen „Hetendorf Nr.13" und Riegers Nachfolgeprojekt „Heisenhof" auseinanderzusetzen.

Denn nicht nur Rassisten treffen sich auf dem Heisenhof, auch für neonazistische Straftäter wird die „national befreite Zone" in Dörverden immer attraktiver. So tummelten sich die beiden Angehörigen der „Kameradschaft Weserbergland", Marcus Winter und Arwid Strelow Ende Januar auf dem Gelände, um sich die Gegendemonstranten des „2. Spazierganges" anzuschauen. Es bleibt anzuzweifeln, ob die Sicherheitsbehörden ausreichend über Winters Aktivitäten informiert sind, denn ansonsten ist die Behördenaussage, dass Winter keinen Kontakt zu den Kameraden pflege, kaum erklärbar.

Der gewaltbereite Kameradschaftsanführer wurde Anfang des Jahres vorzeitig aus der Haft entlassen. Bewährungsauflagen untersagen ihm anscheinend explizit den Kontakt zur „Kameradschaft Weserbergland". Kein Wunder also, dass sich seine Truppe im März in „Freie Kräfte Weser-Leine", beziehungsweise „Nationales Bündnis Schaumburg" umbenannte und Winter offen als Anführer einer „JN Schaumburg" auftritt. Gemeinsam mit dem gewalttätigen Stadthagener Neonazi Strelow unterhält er enge Verbindungen zum Rieger-Umfeld.

Andrea Röpke

Kein "Kampf um die Straße"

Neonazis werfen der NPD vor, am 8. Mai in Berlin versagt zu haben.

Das Scheitern der Berliner NPD-Demonstration vom Sonntag, dem 8. Mai versetzt die rechtsextreme Szene in Rage. Nachdem tausende Nazi-Gegner verhindert haben, dass die am Alexanderplatz von der Polizei abgeschirmten NPD-Anhänger marschieren, sinnen Neonazis auf Vergeltung – und hadern mit der NPD. Schon am Abend ließ die Szene Dampf ab. 100 Neonazis aus Thüringen und Bayern unterbrachen in Dessau die Rückfahrt aus Berlin und versuchten, ein linkes Jugendzentrum zu stürmen.

Die Rechtsextremisten sprangen gegen 22.00 Uhr im Stadtzentrum aus drei Bussen und marschierten grölend in Richtung Dessau-Nord. Dort befindet sich das „Alternative Jugendzentrum (AJZ)", das über Dessau hinaus als Treffpunkt der Linken bekannt ist. „Wir waren von der Spontandemonstration völlig überrascht", sagte der Sprecher der Polizeidirektion Dessau, Jochem Steinbiß, dem in Berlin erscheinenden „Tagesspiegel". Die Neonazis hätten am AJZ „Randale machen wollen". Den Polizeikräften sei es einige hundert Meter vor dem AJZ gelungen, die Neonazis aufzuhalten. Diese hätten schließlich ohne Widerstand ihre Busse bestiegen und seien zur Autobahn A 9 zurückgefahren, so Steinbiß. Im Berliner Bezirk Marzahn-Hellersdorf sammelten sich ehemalige Mitglieder der im März verbotenen Kameradschaft „Berliner Alternative Süd-Ost" zu einem Marsch, gaben dann aber angesichts der massiven Polizeipräsenz auf.

Nach dem Scheitern der NPD-Demonstration an dem für die rechte Szene enorm symbolträchtigen 60. Jahrestag des Endes der bewunderten NS-Diktatur, geraten außerdem gewaltbereite Neonazis und NPD aneinander. Die Redaktion der in der Szene viel gelesenen Homepage „freier-widerstand.net" hält der Partei vor, sie hätte sich in Berlin „konsequent zeigen müssen und die Demonstration beginnen lassen müssen". Dann wird der Neonazi-Anführer Christian Worch zitiert, „dass leichter Landfriedensbruch und Widerstand gegen die Staatsgewalt bei rechtswidrigen Handlungen der Polizei nicht strafbar" sei. Doch die NPD habe, so die anonyme Redaktion des „freien Widerstands", gar kein Interesse an einer Demonstration gehabt. Es sei der Partei „nur um Medienrummel" gegangen. „Dass die Demokraten jetzt einen Sieg gegen uns in der Hand haben und dass Antifaschisten nach langer Zeit wieder geschafft haben, eine unserer Demonstrationen komplett zu verhindern, ist der NPD völlig egal", heißt es weiter. Dann folgt ein Vorwurf, der die NPD hart trifft: Die Partei habe „ganz klar gezeigt, dass sie im Kampf um die Straße nicht weiter benötigt wird".

Die Partei selbst versucht, ihr Scheitern in Berlin als Erfolg zu verkaufen. Der 8. Mai 2005 sei „ein politischer Sieg des nationalen Widerstands" gewesen, heißt es auf der NPD-Homepage. Parteisprecher Klaus Beier kündigte allerdings an, gegen die Berliner Polizeiführung und Innensenator Ehrhart Körting würden juristische Schritte unternommen. Beier muss sich indes möglicherweise selbst wegen eines Beitrags zum 8. Mai vor der Justiz verantworten. Der NPD-Mann, auch Abgeordneter im Kreistag von Oder-Spree (Ostbrandenburg), hatte dort Ende April öffentlich gegen die „Befreiungslüge" polemisiert. Die Vorsitzende des Kreistags, Lieselotte Fitzke (SPD), reichte ein Redeprotokoll bei der Polizei zur strafrechtlichen Prüfung ein.

Frank Jansen

Gefahrenabwehr

Konspirativ geplantes Rechtsrock-Konzert mit polizeibekannten Bands wird kurzfristig abgeblasen: Der Alkohol fehlt.

Mit einer einfallsreichen Aktion konnte die Rotenburger Polizei am 30. April ein geplantes Neonazi-Konzert im niedersächsischen Dorf Kuhstedtermoor erfolgreich verhindern. Bevor Neonazis und Bandmitglieder anreisten, beschlagnahmte die zuständige Rotenburger Polizei sämtliche Alkoholvorräte und Teile der Musikanlage der Neonazis. „Erfahrungsgemäß passieren Straftaten, wenn diese Klientel alkoholisiert ist, deshalb ist hier mit dem Gefahrenabwehrgesetz vorzubeugen", erklärte der Pressesprecher der Rotenburger Polizei die Aktion vor Ort. Tatsächlich verloren die Neonazis das Interesse an Kuhstedtermoor.

Sie disponierten sauer um, am konspirativen Kontakttelefon hieß es kurz: „Heil, das Konzert ist gestürmt! Wir fahren zum Feiern in die Bremer Innenstadt".

Denn hinter der konspirativ geplanten Konzertaktion verbirgt sich der Bremer Neonazi Lutz Henze und sein „Heimdall-Versand". Die Einladung wurde vertraulich per Mail und SMS versendet. Ihr Text ist knapp und äußerst konspirativ gehalten: „Am Samstag, den 30.04.05 findet im Großraum Bremen ein Konzert statt. Es spielen 'Weisse Wölfe', 'Cherusker' und 'Kampfhandlung'." Der Eintrittspreis soll 10 Euro betragen. Mit Betonung wird darauf hingewiesen, dass Fotoapparate oder Foto-Handys unerwünscht sind. Seit 2002 fanden keine größeren Rechtsrock-Konzerte mehr in Bremen statt, seitdem der Anführer der „Kameradschaft Weser-Ems", Robert Warnecke aus Syke, sich aus dem Geschäft zurückgezogen hat. Ende der 90er Jahre besuchten über 1000 Neonazis Konzerte in Farge und Neuenkirchen.

Lutz Henze aus Blumenthal wird dem Spektrum der „Kameradschaft Wesersturm" zugerechnet. Von seinem kleinen, weißen Eigenheim aus vertreibt der bullige Skinhead alles, was das braune Herz begehrt: der Kapuzenpullover mit der Aufschrift „Germanischer Glaubenskrieger" ist für 34 Euro erhältlich und für Kinder gibt es einen Morgenstern aus Plüsch oder die „Streitaxt schwarz".

Die Bremer Polizei wusste offenbar zunächst nichts von dem geplanten Neonazi-Konzert von Henze. Dabei sind die angekündigten Rechtsrock-Bands allesamt polizeibekannt: „Kampfhandlung" aus Schleswig-Holstein nahm 2004 eine CD mit der Bremer Band „Endlöser" auf. Die Bandmitglieder von „Cherusker" stammen aus dem Ruhrgebiet, die Gruppe wird im aktuellen Bericht des Verfassungsschutzes in Niedersachsen namentlich erwähnt. Als besonders gefährlich gilt die Arnsberger Neonazi-Band „Weisse Wölfe". Sie wurde 1998 gegründet, zwei ihrer Mitglieder sind bereits wegen gefährlicher Körperverletzung und Volksverhetzung in Erscheinung getreten. Die Band beschwört den „heiligen Rassenkrieg" und verflucht „diesen gottverdammten Judenstaat". Insbesondere Polizisten werden von „Weisse Wölfe" bedroht: „Bullen haben Namen und Adressen! Kein Vergeben, kein Vergessen! Am Tag der Rache woll`n wir euch bluten seh'n!"

Andrea Röpke

"Mord und Totschlag"

Vier Mitglieder der neonazistischen „Kameradschaft Süd" wurden in München als Terroristen zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt.

Nach mehr als fünf Monaten ist am 4. Mai vor dem Bayerischen Obersten Landesgericht in München der Prozess gegen den Neonazi Martin Wiese und drei seiner Gesinnungsgenossen zu Ende gegangen. Während der 29-jährige Wiese wegen Rädelsführerschaft in einer terroristischen Vereinigung sowie Waffen- und Sprengstoffdelikten zu sieben Jahren Haft verurteilt wurde, liegt das Strafmaß bei den anderen etwas niedriger. „Für den Senat besteht kein Zweifel, dass die Angeklagten planten, Mord und Totschlag sowie Sprengstoffanschläge zu begehen, wenn auch der Zeitpunkt der Ausführung unbekannt war", sagte der Vorsitzende Richter Bernd von Heintschel-Heinegg in seiner Urteilsbegründung.

Das Gericht kam zu der Überzeugung, dass die so genannte Schutzgruppe, der innere Zirkel der „Kameradschaft Süd", unter Wieses Führung das freiheitlich-demokratische System in der Bundesrepublik beseitigen und stattdessen ein Regime nationalsozialistischer Ausprägung einführen wollte. Um dieses Ziel zu erreichen, hätte die Truppe Tötungs- und Sprengstoffanschläge in Kauf genommen. „Nur der Zeitpunkt stand noch nicht fest."

Konkrete Pläne für ein Attentat auf die Grundsteinlegung des neuen Jüdischen Zentrums am 9. November 2003 hätten jedoch nicht vorgelegen, so der Vorsitzende. Wenn dem so gewesen wäre, hätte das Gericht eine höhere Strafe verhängt, versicherte von Heintschel-Heinegg. Wie die Ermittlungen ergaben, wurde ferner über einen Selbstmordanschlag auf dem Marienplatz diskutiert. „Solche Sprüche sind für diese Szene nichts Ungewöhnliches", spielte einer der Verteidiger diese gruppeninternen Debatten herunter.

Rückblende: Wiese scharte im Herbst 2002 einige Gleichgesinnte in der „Schutzgruppe" um sich. Die Neonazis machten Anti-Antifa-Arbeit, sammelten also Daten von politischen Gegnern. Ferner robbten die Mitglieder im Münchner Umland durch den Wald und trainierten mit so genannten Soft-Air-Pistolen.

In Brandenburg beschafften sich die Neonazis im Frühjahr 2003 einige Faustfeuerwaffen und Munition. Später gerieten sie an 1,2 Kilo explosionsfähiges TNT. Der Bayerische Verfassungsschutz hatte zuvor einen V-Mann eingeschleust: Didier Magnien, ein französischer Rechtsextremist mit guten Kontakten in die deutsche Neonazi-Szene. Wieses Verteidigung hatte vor Prozessbeginn behauptet, dass Magnien „nicht nur Wiese inspiriert und geprägt" habe, „sondern mittelbar über Wiese selbstverständlich auch diese ganze Gruppierung". Die Rechtsextremisten wurden im September 2003 verhaftet, zwei Monate vor der Grundsteinlegung am Jakobsplatz.

„Ein politischer Verführer versteckt sich hinter der Maske des Friedfertigen"

„Es gab zu keinem Zeitpunkt eine konkrete Gefährdung von Sachen geschweige denn von Personen", hielt Wieses Anwalt Günther Herzogenrath-Amelung in seinem Plädoyer fest. Wiese hatte wiederholt angegeben, dass die Waffen für einen Militaria-Sammler bestimmt gewesen seien. Nach Wieses Worten ein unbescholtener Bürger, der sich nicht in der Lage sehe, vor Gericht auszusagen, weil dies seinen Ruf beschädigen würde. Staatsanwalt Christian Ritscher verwies diese Aussagen „ins Reich der Fabeln". Das Arsenal sei für Anschläge vorgesehen gewesen, welche das System hätten destabilisieren sollen. „Wir wollten keinen Anschlag ausüben, sondern lediglich die politische Arbeit finanzieren", beteuerte hingegen der in Anklam geborene Wiese. Staatsanwalt Olaf Juterzenka betonte, Wiese sei ein „politischer Verführer", der sich hinter der „Maske des Friedfertigen" versteckt habe.

Wiese und Karl-Heinz Statzberger (24) rückten bis zuletzt nicht von ihrer Version der Vorgänge ab, nämlich dass alles nur leeres Gerede gewesen sei. Alexander Maetzing (28), Wieses Stellvertreter, sowie David Schulz (22) hatten dagegen bereits im März Geständnisse abgelegt und zugegeben, dass die Gruppe über Sprengstoff verfügte, der für Anschläge eingesetzt werden sollte. Während Wieses und Statzbergers Anwälte Freispruch vom Terrorismusvorwurf forderten, räumten die beiden anderen Verteidiger die Anklage für ihre Mandanten ein. Maetzings Verteidiger bezweifelte allerdings, dass die Gruppe einen Anschlag auf das Jüdische Zentrum „im Kreuz gehabt hätte".

Das Gericht blieb letztlich unter den Forderungen der Bundesanwaltschaft. Wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung muss Maetzing für fünf Jahre und neun Monate ins Gefängnis, Statzberger für vier Jahre und drei Monate und Schulz für zwei Jahre und drei Monate. Dabei wurden alte Urteile in die Strafe miteinbezogen. Wiese hingegen hatte keine Vorstrafe.

Gesinnungsgenossen führen die „nationalpolitische Arbeit" fort

Sieben Jahre Haft für Wiese seien die „unterste Grenze des noch Vertretbaren", merkte von Heintschel-Heinegg am Ende seiner knapp zweistündigen Begründung an. Das Strafrecht sieht für „Rädelsführer" bis zu 15 Jahre Haft vor. „Milde Strafe für Rechtsterroristen", überschrieb die „Süddeutsche Zeitung" ihren Kommentar.

Rechtsanwalt Herzogenrath-Amelung bezeichnete das Urteil hingegen als „falsch", da die Beweise für eine Verurteilung wegen Rädelsführerschaft nicht ausreichten. Nach dem Prozess tat er kund: „Ich hoffe, dass Herr Wiese über seine politischen Ziele, aber vor allem die Mittel, mit denen er sie erreichen will, nachdenkt." Wiese ist im Übrigen nicht ein Jota von seiner braunen Haltung abgerückt: „An meiner Einstellung hat sich nichts geändert. Die nationalpolitische Arbeit ist der einzige Weg, die Zukunft des deutschen Volkes zu sichern", sonderte er im Gerichtssaal ab. Er kam zum Schluss sogar ins Philosophieren: „Wo ein Ende ist, ist immer auch ein Anfang", sagte er gegenüber der Presse. Sein Kompagnon Statzberger hatte sich zuvor über die „große Hetzkampagne" der Medienberichterstatter mokiert.

Wieses „nationalpolitische Arbeit" wird unterdessen von seinen Gesinnungsgenossen fortgeführt, die in den vergangenen Monaten regelmäßig auf den Besucherbänken des Strafjustizzentrums Platz nahmen. Die „Kameradschaft München" ist zwar zerschlagen, an ihre Stelle ist jedoch längst die „Kameradschaft München" getreten. „Mein Herz wird immer bei euch sein", rief Wiese pathetisch den Kameraden auf der Empore zu.

Magnus Bosch

"Schwarze Listen"

MHS-Anführer steht im Visier der Ermittlungsbehörden

Unter dem Motto „Ausweisung krimineller Ausländer“ fand am 27. April im brandenburgischen Bernau eine Demonstration des „Märkischen Heimatschutz’“ (MHS) statt. Vor Ort marschierten cirka 100 Neonazis auf. Der am 24. November 2001 in Kerkow (Uckermark) gegründete MHS ist in Brandenburg neben der NPD die zweitstärkste rechtsextreme Organisation. Als „Mentor“ beim Aufbau des MHS gilt Frank Schwerdt, NPD-Bundesgeschäftsführer und NPD-Landesvorsitzender in Thüringen. Anmelder der Demonstration am 27. April war der MHS-Vorsitzende Gordon Reinholz (Jg. 1979). Zuvor war Reinholz seit 1998 in der NPD aktiv – unter anderem als NPD-Kreisvorsitzender in Barnim und JN-Bundesvorstandsmitglied. 2001 wurde er wegen „illegalen Kopierens von Unterlagen“ („Märkische Oderzeitung“) aus der NPD ausgeschlossen.

Seit Jahren steht Reinholz im Visier der Ermittlungsbehörden. Zuletzt wurden im Februar seine Wohn- und Geschäftsräume durchsucht. Anlass für den Polizeieinsatz waren mehrere Anschläge auf Plakate zur Europawahl 2004 sowie auf die Agentur für Arbeit in Angermünde. Bei Hausdurchsuchungen in den Jahren 1999 und 2003 wurde dem Neonazi unter anderem vorgeworfen, persönliche Daten von Polizisten und Journalisten zu sammeln, um sie in so genannten „Schwarzen Listen“ zu veröffentlichen.

In rechtsextremen Kreisen ist Reinholz ein vielgefragter Referent. So referierte er im Oktober 2004 bei der 39. „Politischen Akademie“ der österreichischen Arbeitsgemeinschaft für demokratische Politik in Feldkirchen. Reinholz berichtete über das „nationalistische, unparteiliche Bollwerk in Mitteldeutschland“, dem „etwa 800 aktive Leute angehören.“ Am 13. November vergangenen Jahres war Reinholz neben Christian Worch, Ralph Tegethoff (NPD) und Thorsten Heise (NPD) Redner beim Neonazi-Aufzug in Halbe. 1600 Kameraden marschierten dabei unter dem Motto „Ruhm und Ehre dem deutschen Frontsoldaten“ auf.

Anton Maegerle

Kriegsspiele vereitelt

Waffenarsenal bei Razzia beschlagnahmt.

Am 27. April durchsuchte die Polizei 19 Objekte in Baden-Württemberg, Bayern, Nordrhein-Westfalen und Österreich. Der Schwerpunkt der Aktion lag in Bayern. Ziel war der süddeutsche Ableger beziehungsweise die Nachfolgeorganisation des Europäischen Darstellungsvereins für Lebendige Geschichte (EDLG), der Ende des vergangenen Novembers Gegenstand einer großen Polizeiaktion war (bnr 25-26/04). Bei der jüngsten Aktion fielen den Staatskräften erhebliche Mengen an Waffen, Munition, NS-Uniformteile und Propagandamaterial in die Hände. So präsentierte die Augsburger Polizei vier Maschinengewehre, sieben Maschinenpistolen, scharfe Handgranaten, Dutzende Gewehre und 1,1 Kilogramm TNT-Sprengstoff aus dem ehemaligen Jugoslawien. In Bayern lagen die Verstecke im Raum Neu-Ulm, im fränkischen Ansbach, in Neuburg/Donau und im Kreis Donau-Ries. Als Hauptbeschuldigter gilt ein 38-jähriger Mann aus dem nördlichen Landkreis Augsburg. Gegen vier Männer im Alter zwischen 25 und 52 Jahren aus Bayern wurde Haftbefehl erlassen, gegen 18 Beschuldigte wird ermittelt.

Die Gruppe Süd des Europäischen Darstellungsvereins für Lebendige Geschichte widmete sich der Darstellung von Aktivitäten der SS-Leibstandarte Adolf Hitler. Die „darstellerischen“ Aktivitäten des EDLG spielten sich in Tschechien und in der Slowakei ab. Für den Mai waren Kriegsspiele unter Verwendung scharfer Waffen in Tschechien geplant. Kopf des EDLG war der 31-jährige Westfale Peter Schulz, ein langjähriger Aktivist der rechtsextremen Szene mit einschlägigen Kontakten zu den Sicherheitsbehörden. Schulz saß seit November in Haft und kam erst vor kurzem wieder frei. Anfang der 90er Jahre war er Mitglied der NPD und Funktionär der Republikaner in Herford. Später unterhielt Schulz Kontakte zur neonazistischen Szene und baute ein Heimatschutzkorps der Waffen-SS (HSK/OWL) auf. Dessen Aktivitäten endeten mit einer Durchsuchungsaktion im September 1995. Nach Informationen der „Augsburger Allgemeinen“ sollen auch im Vorfeld der jüngsten Razzia V-Leute eingesetzt worden sein.

Benjamin Nagel

Ausland

"Jeanne sagte Nein"

Der 1. Mai-Aufmarsch des Front National stand für die Gegnerschaft zur EU-Verfassung und den Türkeibeitritt.

Auch in diesem Jahr – wie seit 1988 – marschierte der rechtsextreme Front National am Vormittag des 1. Mai in Paris auf, wie immer zu Ehren der „Nationalheiligen" Jeanne d'Arc (der so genannten Jungfrau von Orléans, die im 15. Jahrhundert die Engländer aus dem Land trieb). Dieses Mal stand die inhaltliche Ausrichtung der Parade, die jeweils einen thematischen Schwerpunkt hat und mit einer gut einstündigen Rede von Jean-Marie Le Pen vor der Pariser Oper abgeschlossen wird, natürlich im Zeichen des Referendums über den EU-Verfassungsvertrag. Entsprechend trug die riesige Graphik, die wie jedes Mal das Operngebäude bedeckte und hinter der Rednertribüne aufgehängt war, die Aufschrift: „Jeanne, diejenige, die NEIN sagte". Das sollte eine Parallele zwischen dem Nein zur damaligen Besetzung Frankreichs im Hundertjährigen Krieg und dem heutigen Nein zum EU-Verfassungsvertrag nahe legen.

An der Jeanne d'Arc-Parade nahmen rund 3 000 Personen teil, das waren noch weniger als in den Vorjahren: Nach der Parteispaltung von 1999 brachte der FN jeweils rund 3 500 bis 4 000 Anhänger auf die Straße, und damit halb so viel wie davor in den neunziger Jahren. (Eine Ausnahme bildete das Jahr 2002, wo aufgrund der Präsidentschaftswahl kostenlose Busse für Anhänger zur Verfügung gestellt worden waren und die Teilnehmerzahl an die 10 000 heranreichte.) Die Rechtsextremen marschierten nach regionalen Parteisektionen sortiert auf. Dabei fiel auf, dass viele regionale Sektionen des Front National mit weniger Teilnehmern präsent waren, als sie in ihren Reihen an Mandatsträgern (vor allem Kommunalparlamentarier) zählen.

Die Mobilisierungsdynamik der rechtsextremen Partei bleibt nach wie vor schwach. Grund dafür ist nicht zuletzt die parteiinterne Krise, die mit dem Herannahen des altersbedingten Ausscheidens von Jean Marie Le Pen (Parteivorsitzender seit der Gründung von 1972) verbunden ist. Die Frage der Nachfolge ist nach wie vor nicht explizit gelöst, auch wenn der langjährige Parteifunktionär Bruno Gollnisch nunmehr ziemlich gute Aussichten haben dürfte. Erstmals trat anlässlich der 1. Mai-Parade die Tochter des Chefs, Marine Le Pen, die ebenfalls Ambitionen auf die Nachfolge an der Parteispitze hat, wieder in der Öffentlichkeit auf. Sie saß neben Bruno Gollnisch auf dem Podium.

Inhaltlich stand bei der rechtsextremen Ablehnung des EU-Verfassungsvertrags sehr stark die (angebliche) Frage eines EU-Beitritts der Türkei im Vordergrund. Auf zahlreichen mitgeführten Plakaten sah man eine russische Puppe mit der Aufschrift „Verfassung" und den EU-Sternen, die sich öffnete und aus deren Innerem ein bärtiger Türke mit der Aufschrift „Islam" zum Vorschein kam. Während des Aufmarschs riefen die Anhänger „Islam raus aus Europa" und „Chirac, Türkei, Hochverrat", der rechtsextreme Jugendblock skandierte auch „Terroristen hinrichten, Immigranten raus".

Jean-Marie Le Pen malte in seiner Rede die Vision eines „überdehnten, der Sowjetunion ähnlichen, kosmopolitischen, von seinen christlichen Wurzeln abgeschnittenen und vom Islam überschwemmten Europas". Dieses stelle eine „große weiche Qualle, die zu ihrer Verteidigung unfähig ist", dar. Stattdessen solle ein europäischer Staatenbund souveräner Nationalstaaten angestrebt werden. Ferner tönte er: „Niemand hat das Recht, Frankreich zu veräußern, da es nicht im Besitz der heute auf seinem Boden lebenden Generation steht", sondern auch den Generationen der Vorfahren und Nachkommen gehöre – ganz im Sinne einer Vision von der Nation als Blutsgemeinschaft.

Neben Le Pen und den höchsten FN-Parteifunktionären saßen auch Vertreter anderer rechtsextremer Parteien aus Europa mit auf dem Podium: Nick Griffin, Chef der britischen BNP (British National Party), Vertreter der beiden italienischen rechtsextremen Gruppierungen MSI-Fiamma tricolore und Forza Nazionale-Alternativa Sociale, ein Repräsentant der polnischen nationalkatholischen Partei KPN und spanische Franco-Anhänger.

Bernhard Schmid

Verfassungsschutz

Zulauf für Neonazis

Neue Qualität rechter Gewalt in Berlin.

Die Zahl der Neonazis in Berlin ist im Jahr 2004 um cirka 30 Prozent gestiegen. Das geht aus dem kürzlich vom Berliner Innensenator Ehrhart Körting präsentierten Landesverfassungsschutzbericht hervor. Körting hat bei der Vorstellung des Berichts diese Zunahme in Zusammenhang mit den Wahlerfolgen der NPD und der DVU gestellt, was die Kameradschaftsszene stimuliert habe. Der wurden 2004 rund 150 Personen (2003: 60) zugeordnet. Dagegen verloren die rechtsextremen Parteien NPD, DVU und Republikaner weiterhin Mitglieder. Dadurch hielt sich der Zuwachs im rechten Lager unter dem Strich in Grenzen. Statt 2 395 wie im Vorjahr gibt der Verfassungsschutz die Zahl der Rechtsextremisten mit 2 435 an.

Die Stärkung des aktivistischen und gewaltbereiten Teils der rechten Szene drückte sich auch in der Steigerung der rechten Straftaten aus. Die Volksverhetzungsdelikte stiegen von 126 im Jahr 2003 auf 154 und die antisemitischen Vorfälle von 123 auf 146 an. Für das Jahr 2005 liegen noch keine Zahlen vor. So ist noch völlig offen, wie sich das Verbot der beiden Kameradschaftsgruppen „Baso“ und „Tor“ auswirkt. Allerdings hat sie die Serie rechter Gewaltakte in Berlin nicht stoppen können. So überfielen vier Mitglieder der rechten Szene am 26. April im Berliner Stadtteil Pankow eine Band in deren Proberaum. Sie besprühten ihre Opfer mit Reizgas beziehungsweise Pfefferspray, schlugen sie mit Teleskopschlagstöcken zu Boden und prügelten noch weiter auf sie ein, bevor sie mit einem PKW flüchteten. Die Musiker mussten mit Kopfverletzungen, Augenreizungen sowie Prellungen ambulant im Krankenhaus behandelt werden. Weil Zivilbeamte in der Nähe des Tatortes waren und die Verfolgung aufnahmen, konnten die Gewalttäter kurz nach dem Überfall festgenommen werden. Drei von ihnen sind in der Vergangenheit wegen neonazistischer Delikte in Erscheinung getreten. Beobachter sprechen wegen der Brutalität des Überfalls und der Ausführung der Tat von einer neuen Qualität rechter Gewalt in Berlin.

Peter Nowak

Grauzone

Rechte Autorenschaft

JF-Mitarbeiter sind auch in anderen einschlägigen Medien vertreten.

Bereits 1994 konstatierte das Duisburger Institut für Sozialforschung, dass es keine nennenswerte Zeitschrift im extrem rechten Lager gibt, zu der keine Arbeitszusammenhänge oder zumindest personelle Verbindungen vonseiten der „Jungen Freiheit“ bestehen. Diese Einschätzung dürfte heute noch gelten. Aktuell gilt dies unter anderem für die „Preußische Allgemeine Zeitung“ und das jüngst wiederbelebte „Gegengift“.

Langjährige JF-Autoren üben auch führende Funktionen bei extrem rechten Zeitschriften aus. So ist der JF-Stammautor Ronald Gläser Chef vom Dienst der „Konservativen Deutschen Zeitung“, deren Chefredakteur der JF-Autor Ivan Denes ist. Herausgegeben wird die Zeitung von Heinrich Lummer, ständiger Mitarbeiter der JF. Für die JF und die „Konservative Deutsche Zeitung“ schreibt auch Andreas Mölzer, Chefredakteur des österreichischen JF-Schwesternblattes „Zur Zeit“. Autor der aktuellen Ausgabe der „Konservativen Deutschen Zeitung“ ist der Politikwissenschaftler Hans-Helmuth Knütter, ehemals ständiger Mitarbeiter der JF. Knütter lamentiert über „Anifa-Hetze“ und den „SPD-’Verfassungsschutz’ in NRW“, der die JF „überwache“. In verschwörungstheoretischer Manier warnt die „Konservative Deutsche Zeitung“ vor ATTAC als der „neue(n) Gefahr von links“ und wirft SPD und dem DGB vor, „konspirativ wie früher KGB und MfS“ zu arbeiten.

Eigenangaben der JF zufolge hat sie zum Jahresende 2004 „einen engagierten Politik-Redakteur“ verloren, der „das Profil der Zeitung wesentlich mitgeprägt hat“. Nachgetrauert wird damit Manuel Ochsenreiter, der nun als Chefredakteur der seit 2004 mit „Barett“ vereinigten „Deutschen Militärzeitschrift“ (DMZ) vorsteht. Mit einer ganzseitigen Anzeige ist die Edition JF in der DMZ vertreten. Geworben wird für ein in der Edition erschienenes Buch des im Januar verstorbenen JF-Autors Wolfgang Venohr.

Anton Maegerle

Wider das Tätergedenken

Im oberbayerischen Mittenwald findet alljährlich das Pfingsttreffen der Gebirgstruppe statt. Doch die Proteste reißen nicht ab.

„Bunte Bauerngärten, kunstvolle Lüftlmalereien, geschichtsträchtige Gebäude – hier zeigt sich Oberbayern von seiner schönsten Seite!“ Die Mittenwalder Homepage spart nicht mit Superlativen. Das idyllische Bild hat freilich einen Kratzer bekommen, denn seit mehreren Jahren kommen „Protestierer“ und „Randalierer“ in den Geigenbauort, der nahe der Grenze zu Tirol liegt. Stein des Anstoßes ist das Pfingsttreffen der Gebirgstruppe, das am 15. Mai zum 48. Mal stattfindet.

Die Gegner des Treffens wehren sich gegen den „Skandal eines Tätergedenkens, an dem sich nicht nur die noch lebenden Täter, sondern auch die Bundeswehr beteiligt, in dem unbeirrt an der Mär von Ehre und Tugend des deutschen Gebirgsjägers gestrickt wird, am generationenübergreifenden soldatischen Geist – und dies alles im Angesicht der Tatsache, dass diese Truppe während des Zweiten Weltkriegs eigenhändig Massenmorde in über 50 Orten quer durch Europa verübte“.

Der Arbeitskreis „Angreifbare Traditionspflege“, der zusammen mit der VVN/BdA die Gegenveranstaltungen auf die Beine stellt, hat mittlerweile neues, belastendes Material recherchiert. So seien im Kameradenkreis der Gebirgstruppe, der die Gedenkfeier ausrichtet, Veteranen organisiert, die die Deportationen der griechischen Juden in Athen und in Nordgriechenland durchgeführt hätten. Rund 1 700 Athener Juden wurden demnach am 2. April 1944 in Viehwaggons nach Auschwitz und Dachau verfrachtet. „Angehörige der 3. und 4. Kompanie des I. Bataillons des Polizei-Gebirgsjäger-Regiments 18 sowie der Polizei-Gebirgs-Artillerie-Abteilung begleiteten die Deportationszüge“, kam bei der Recherche ans Licht.

Erstaunlicherweise gab es in Mittenwald im Vorfeld von Deutschlands größter Soldatenfeier erste Absatzbewegungen. So wandte sich der örtliche Tourismusdirektor in einem offenen Brief gegen die Gedenkfeier in ihrer jetzigen Form: Diese könne, „wenn sie unter den derzeitigen negativen Begleitumständen beibehalten wird, den Tourismus nachhaltig schädigen“. Bürgermeister Hermann Salminger teilt diese Befürchtungen: „Wir müssen alles daran setzen, dass die Vorfälle an Pfingsten aufhören.“

Räumlichkeiten von der Bundeswehr

Beim Kameradenkreis sorgen solche Äußerungen selbstverständlich für Irritationen. Zum Einlenken sieht man indes keinen Anlass. Das Treffen sei ein „humanitärer Akt, der der Begegnung, der Besinnung und der Friedenssicherung dient“, versichert man im Organ „Die Gebirgstruppe“. Und es dürfe kein Platz sein für „ideologisch verbrämte Umtriebe oder gar Straftaten von Seiten irregeleiteter Systemveränderer“. Die Bundeswehr unterstützt die Gebirgsjäger nicht nur bei der Durchführung des Pfingsttreffens, sie stellt dem Kameradenkreis für dessen Jahresversammlungen überdies Räumlichkeiten in der Münchner Bayernkaserne zur Verfügung.

Die Gegendemonstranten, die Ministerpräsident Stoibers Austritt aus dem Traditionsverband fordern, arbeiten auf die Abschaffung des Pfingsttreffens hin. Die Proteste werden ausgeweitet: vom 12. bis 16. Mai finden Zeitzeugenveranstaltungen, Sternmärsche, Demonstrationen sowie Mahn- und Reuegottesdienste statt. Unter anderem kommt Maurice Kling in den Karwendelort, der Ende April 1945 in einem der Züge saß, in denen Häftlinge aus dem KZ Dachau fortgeschafft wurden. Der Transport landete in Mittenwald, wo die Menschen durch den Ort getrieben wurden. Der Auschwitz-Überlebende Kling war damals 15 Jahre alt. Ein Thema, das im Rahmen der Protestveranstaltungen zur Sprache gekommen ist, lautet: „Gebirgsjäger, Bergpredigt und die Rolle der Militärseelsorge im Vernichtungskrieg“.

Neben den Gebirgsjägern halten übrigens an diesem Wochenende die Fallschirmjäger, eine weitere Elitetruppe, ihre alljährliche Traditionsfeier ab: In Altenstadt, nicht allzu weit von Mittenwald entfernt, treffen sich Veteranen zum „Kreta-Gedenken“. Vor einigen Jahren wurde ihnen untersagt, ihre Feier in der Franz-Josef-Strauß-Kaserne abzuhalten. Seitdem findet das Gedenken in der Altenstädter Basilika statt.

Magnus Bosch

Blick in die Zeitgeschichte

Der Krieg im Westen

Vor 65 Jahren hat Deutschland Frankreich angegriffen und Dänemark, Norwegen sowie die Benelux-Staaten überfallen.

Weltweit ist in den zurückliegenden Monaten intensiv an das Ende des Zweiten Weltkrieges und die Befreiung Europas vom Naziterror erinnert worden – so viel wie noch nie während der vergangenen 60 Jahre. Dabei wurden wichtige Ereignisse oft übersehen oder schlicht übergangen. Zu ihnen gehört der Beginn des Westkrieges mit den Überfällen auf Norwegen und Dänemark am 9. April 1940 und dem Angriff auf Frankreich, gepaart mit der unverhüllten Verletzung der Neutralität Belgiens, der Niederlande und Luxemburgs am 10. Mai 1940. Dass der Stellungskrieg im Westen des „Dritten Reiches“ irgendwann in einen Offensivkrieg übergeben würde, war allgemeine Überzeugung. Dass die Reichsregierung und die Mehrheit der deutschen Generalität aber wie 1914 wieder die belgische Neutralität brechen würde, überraschte doch. Noch schwerwiegender wurde der Überfall auf die Niederlande und Luxemburg empfunden, weil für beide Staaten damit eine 300-jährige Friedenszeit abrupt endete.

Eine große Anzahl vor allem deutscher Juden hatte in Den Haag, Amsterdam, Utrecht und Leiden eine neue Bleibe gefunden. Nun mussten sie über Nacht versuchen, über den Ärmelkanal auf die britische Insel zu entkommen. Vielen gelang das nicht. sie nahmen sich das Leben oder wurden Opfer der „Endlösung“. In Den Haag übernahm eine deutsche Zivilregierung die Macht. Die Bevölkerung blieb zunächst unbeteiligt, Juden durften weiter ihre Gottesdienste feiern und sogar mit Diamanten handeln. Vom Mai 1942 an mussten dann aber alle Juden den „Gelben Fleck“ tragen. Kurz darauf wurden die Konzentrationslager Westerbork im Nordosten und Voght im Süden des Landes errichtet – den Durchgangslagern nach Auschwitz und Sobibor. Von 130 000 holländischen Juden haben die Nazis 110 000 ermordet. Der Widerstand gegen die Besatzer wurde viele Jahrzehnte lang über-, der der Kollaborateure unterschätzt.

In Belgien, das zur selben Stunde in der Nacht vom 9. zum 10. Mai überfallen wurde, war es anders. In Brüssel, das fast drei Wochen Widerstand geleistet hatte, wurde eine deutsche Militärregierung eingesetzt. Bei der Verfolgung politischer Gegner und der Juden war es freilich gleichgültig, wo die Menschen lebten. Die Ermordung der Juden galt für ganz Europa. Weil belgische Zivilisten aber offenbar mehr Mut hatten als ihre niederländischen Nachbarn, überlebten wenigstens 28 900 von 34 800 belgischen Juden. Die Zwischenstation für die 5 900 Juden in den Gastod war das Lager Breendonck südlich von Antwerpen.

Im kleinen Großherzogtum Luxemburg mit gerade 300 000 Einwohnern war der Frieden ebenfalls am 10. Mai 1940 zu Ende. Man wusste, das es keinen Sinn machte, bewaffneten Widerstand zu leisten. Der stille Widerstand begann freilich bereits am ersten Besatzungstag. Der Versuch, Mitte August 1940 mit gelben Aufschriften an Geschäften die Luxemburger zu antijüdischen Maßnahmen zu veranlassen, schlug fehl. Daraufhin galten ab September 1940 im ganzen Land die „Nürnberger Gesetze“. Der „Gelbe Fleck“, die Zwangsarbeit für alle männlichen Juden und andere Diskriminierungen setzten ein. Als die deutschen Besatzer am 9. September 1944 das Land verlassen mussten, lebten von den 3.500 Juden, die dort 1939 zu Hause waren, gerade noch 1.555.

Die Lage im überfallenen Dänemark unterschied sich in vielen Aspekten von der Besatzungszeit in anderen Staaten. Es gab kaum Widerstand, die Juden blieben fast unbehelligt, die Dänen behielten außer der Außenpolitik selbst die Verantwortung für ihr Land. Es kein KZ und das bedeutete für die jüdische Bevölkerung die Rettung. Als am 1. Oktober 1943 in einer Nacht- und Nebelaktion die deutsche Polizei die Juden verhaften wollte, waren die untergetaucht oder mit Booten dänischer Fischer auf dem Weg ins unbesetzte Schweden. Die Dänen haben „ihre“ Juden nicht im Stich gelassen. In Norwegen blieb die Lage ziemlich übersichtlich. Es gab Widerstand und es gab Kollaboration. Von einer „Lösung der Judenfrage“ konnte im Vergleich zu anderen Staaten kaum die Rede sein. Etwa 1.700 Juden lebten dort beim Überfall am 10. April 1940. Nach der Befreiung kehrten 24 Menschen zurück.

Heiner Lichtenstein

Meldungen

Wiederholungstäter

Verden – Die Staatsanwaltschaft Verden hat gegen den 23-jährigen Neonazi Marco Siedbürger aus Niedernwörden vor dem Schöffengericht in Stolzenau am 10. Mai Anklage wegen gefährlicher Körperverletzung und Volksverhetzung erhoben. Dem Mitglied der – Eigenangaben zufolge aufgelösten – „Kameradschaft Weserbergland" wird ein brutaler Überfall auf einen 15-jährigen türkischen Schüler vorgeworfen. Beteiligt an dem Überfall soll auch ein weiteres Kameradschaftsmitglied, Arwid S., gewesen sein. Siedbürger befand sich nur knapp einen Monat auf freiem Fuß, er verbüßte eine fünfjährige Freiheitsstrafe wegen Körperverletzung mit Todesfolge. Als junger Skinhead in Eschede hatte er 1999 mit einem Kameraden den 44-jährigen Peter Deutschmann so schwer verletzt, dass das Opfer einen Tag später qualvoll erstickte. Die beiden jungen Männer kannten Deutschmann, in der Vergangenheit hatte es mehrfach Streit gegeben, da er den Neonazis deren Ausländerfeindlichkeit vorgewarf. Um dem Arbeitslosen einen Denkzettel zu verpassen, überfielen sie ihn im August 1999 in seiner Wohnung. sie traten mit ihren schweren Springerstiefeln auf ihr Opfer ein. „Das Blut war bis zu 1,80 Meter Höhe an die Wände gespritzt", berichtete vor Gericht ein Polizeibeamter. (ar)

Geringer Stimmenzuwachs

Großbritannien (London) – Die rechtsextreme British National Party erzielte bei den Parlamentswahlen am 5. Mai in Großbritannien ein Ergebnis von drei Prozent (55.000 Stimmen). Gegenüber der letzten Wahl ist dies ein Zuwachs von 0,55 Prozentpunkten. Der seit November 1999 als Parteivorsitzender amtierende Cambridge-Absolvent Nick Griffin (Jg. 1959) wertete den Stimmenzuwachs als Erfolg und hegte die Hoffnung, bei den nächsten Kommunalwahlen die BNP „noch weiter in der Gesellschaft zu verankern." Dank des britischen Mehrheitswahlrechts ist die eng mit der deutschen NPD kooperierende BNP mit keinem Sitz im Parlament vertreten. Herausragende Ergebnisse erzielte die BNP in Städten mit hohem Bevölkerungsanteil von Einwanderern. Spitzenreiter ist Richard Barnbrook mit 16,89 Prozent in Barking im östlichen Teil von London. 13,13 Prozent holte David Exley in Dewsbury, West Yorkshire. Griffin selbst erreichte in Keighley, West Yorkshire ein Ergebnis von 9,16 Prozent (am)

Proteste gegen NPD-Kreisverband

Murnau – Rund 400 Menschen haben am 8.Mai in Murnau am Staffelsee in Oberbayern friedlich gegen Rechtsradikalismus, Menschenfeindlichkeit und Intoleranz demonstriert. Zu der Kundgebung hatte ein „Werdenfelser Aktionsbündnis gegen Gewalt in der Politik" aufgerufen, bestehend aus Parteien und Gewerkschaften sowie Vertretern der Kirchen und Sozialorganisationen. Bei der Abschlusskundgebung sprach unter anderem der Kochler SPD-Bundestagsabgeordnete Klaus Barthel. Hintergrund sind Bestrebungen der NPD, im Landkreis Garmisch-Partenkirchen einen Kreisverband zu gründen. (mbo)

Impressum

Schirmherrschaft:
Ute Vogt MdB

Herausgeber:
Institut für Information und Dokumentation e.V.,
Helmut Lölhöffel

Redaktion:
Gabriele Nandlinger (verantwortlich)

Mail: nandlinger@bnr.de
Fon: (030) 255 94 174
Fax: (030) 255 94 499

Verlag:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Postfach 610 322, 10925 Berlin
Fon: (030) 255 94 100
Fax: (030) 255 94 190

Abo-Service:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Fon: (030) 255 94 130
Fax: (030) 255 94 190
Mail: vertrieb@vorwaerts.de